



ENTSCHLIEßUNG

der 12. Vertreterversammlung der GRH e.V. (25. März 2017)

Die Teilnehmer der 12. Vertreterversammlung unterstützen die im Bericht des Vorstandes und in der Diskussion getroffenen Einschätzungen, Aufgabenstellungen und Verpflichtungen der GRH im Kampf um Frieden, für Wahrheit und Gerechtigkeit. Ausgerüstet mit Lehren aus 100 Jahre Oktoberrevolution, mit Erfahrungen aus 40 Jahren Friedensstaat DDR und nahezu 25 Jahren aktiven Wirkens als Widerstands-, Solidar- und Opfergemeinschaft wird die GRH mehr denn je gebraucht.

Als Menschenrechtsorganisation steht für uns heute an erster Stelle, auf der Basis unserer Satzung und gemeinsam mit allen linken Kräften, der immer massiveren Beteiligung der BRD an der Interventions- und Kriegspolitik der USA und der NATO Einhalt zu gebieten. Unser Aufruf „Hände weg von Russland“ hat große Zustimmung gefunden und ist hochaktuell: Von deutschem Boden muss Frieden ausgehen!

Je länger die DDR zurückliegt, umso dicker die Lügen der vermeintlichen Sieger, die DDR als Unrechtsstaat zu diffamieren und ihre Geschichte zu verfälschen. Wer im Interesse systemfestigender „Machtbeteiligung“ daran mitwirkt, fordert uns erst recht heraus, jegliche Formen der Verleumdung, Ausgrenzung und Benachteiligung großer Gruppen von Bürgern wegen ihres Eintretens für den Schutz und die Stärkung der DDR, für Sozialismus und Frieden entschieden zurückzuweisen.

Die Verteidigung legitimen Handelns für die Sicherung der DDR und ihrer Bürger schließt ein, noch offensiver daran mitzuwirken, über Unrecht in der Geschichte der imperialistischen BRD, über die Schonung von Nazi- und Kriegsverbrechern, die Verwendung von Naziaktivisten in Staat, Geheimdiensten, Polizei, Justiz, Bundeswehr, Wirtschaft und Bildungswesen, ihre damals und bis heute praktizierte und festgeschriebene Feindschaft zur DDR, zum legitimen zweiten Staat auf deutschem Boden, aufzuklären.

Wir fordern die Rehabilitierung

- der im Zuge des konterrevolutionären Anschlusses der DDR an die BRD wegen ihrer politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeiten widerrechtlich verfolgten und verurteilten ehemaligen DDR-Bürger und Kundschafter, von denen viele noch immer unter der Last der vom Gericht auferlegten Kosten, der „Strafe nach der Strafe“, leiden;
- der Opfer der bundesdeutschen Klassenjustiz, die auf der Grundlage des FDJ- und KPD-Verbotes verfolgt und verurteilt wurden, all jener, die sich in der Alt-BRD für Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten eingesetzt haben.

Wir üben Solidarität

- mit den durch die Klassenjustiz in anderen Staaten wegen ihres Eintretens für Frieden, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Sozialismus inhaftierten und verurteilten Bürgern.

Unser solidarischer Beistand

- gilt der ISOR e. V., nach der ablehnenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch entschiedener den politischen Kampf gegen die Rentenabstrafung ehemals „staatsnaher“ DDR-Bürger fortzusetzen.

Unsere Fürsorge und Betreuung

- gilt besonders jenen Mitgliedern der GRH, die zur Gründergeneration unserer Organisation gehören sowie jenen, die aus gesundheitlichen und Altersgründen nicht mehr aktiv in unseren Reihen mitwirken können, aber unbeirrt allein durch ihre Mitgliedschaft der GRH als politische Heimat die Treue halten.

Wir heißen alle willkommen,

- die sich mit unserem Anliegen verbunden fühlen und sich in den Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, für Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit einreihen!

UNSERE STÄRKE IST UNSERE SOLIDARITÄT!